

Lichtensteiner Callberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rendörfel, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüllsen, Ruffschappel und Zirichheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

56. Jahrgang.

Nr. 18.

Veröffentlichung Nr. 7.

Mittwoch, den 24. Januar

Telegrammadresse:

1906.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Durchschnittlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Joststraße 897, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Am 27. Januar d. J., abends 7 Uhr

soll im Saale des Hotels „zum goldenen Helm“ in Lichtenstein zur Feier des

Geburtstags Sr. Majestät des Kaisers

ein

Festmahl

veranstaltet werden, wozu alle patriotisch gesinnten Männer hierdurch mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung herzlichst eingeladen werden.

Für die Teilnehmer liegt bis zum 25. Januar abends 8 Uhr eine Liste im Hotel „zum goldenen Helm“ aus. Der Preis des Gedekes einschließlich des Beitrags für Musik, Schmückung u. s. w. beträgt 3 Mark

Der Festausschuß.

Kraftlos erklärt wird die der Christiane Wilhelmine Kunath in Callenberg am 24. Oktober 1903 erteilte Ausfertigung des nach der am 13. März 1893 in Callenberg verstorbenen Ernestine Pauline Kunath erlassenen Erbscheins vom 23. Oktober 1903.

Das Königl. Sächs. Amtsgericht Lichtenstein.

Bekanntmachung

die Abwehr und Unterdrückung der Reblauskrankheit betreffend.

Ergangener Verordnung der Königlich Kreislandmannschaft zufolge ist erneut darauf hinzuweisen, daß die Einführung und Verwendung bewurzelter Reben nach § 4 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1888, betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Reblauskrankheit verboten ist. Auch ist das Verbringen sogenannter Blindreben (zur Anpflanzung neuer Rebanlagen bestimmter, unbewurzelter Reben) aus denjenigen Fluren, in denen bisher die Reblaus gefunden worden ist, in andere Gegenden bei Vermeidung einer Geldstrafe von 150 Mk. untersagt.

Lichtenstein, am 19. Januar 1906.

Der Stadtrat.

Stedner,

Bürgermeister.

Schr.

Die Volksbibliothek zu Callenberg

ist Sonnabends und Mittwochs nachmittags 1—2 Uhr geöffnet.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

(Eigen-Vericht. n. Berlin, 22. Jan. 1906.)

Wenn ein Währungsdebattensturm die weite Halle des Reichstages durchbraust, so macht man von der Höhe der Tribünen die Beobachtung, wie der Saal da unten sich allmählich leert. Ein Abgeordneter nach dem anderen verläßt den Sitzungsraum, gefolgt vom Hauptes, bis nur noch die Sturmböser selbst übrig bleiben, umgeben von einem kleinen Häuflein Betreuer. Wenn man das so sieht, möchte man auf die Vermutung kommen: die Majorität der Abgeordneten nimmt den Währungsfragen gegenüber ungefähr dieselbe Stellung ein, wie die Mehrheit des Publikums; zwanzig Mark sind ihr nämlich 20 Mark, gleichgültig in welcher Währung, die Hauptsache ist es dem Durchschnittssterblichen, daß er sie bekommt, und, ist er Reichstagsabgeordneter — „M. d. R.“, wie es auf den Visitenkarten heißt, — daß er sie im speziellen als Diäten bekommt. Um so heftiger entläßt sich das Ungewitter zwischen den Wenigen, die die Währungsfragen gewissermaßen als ihre persönliche Domäne betrachten. Es sind immer dieselben paar Experten, die das Wort ergreifen, und, haben sie es ergriffen, so bald nicht wieder loslassen. Sie lieben es dann umso mehr, je seltener sie dazu Gelegenheit haben, den ganzen Kreis der Fragen zu durchschneiden, wie Frauen vom hundertsten ins tausendste zu kommen, — oder in die Millionen sagt man besser bei der Natur dieses Gegenstandes — wenn auch das vorliegende Thema kaum zwingenden Anlaß dazu gibt. Wer hätte wohl geglaubt, daß der Punkt der Tagesordnung „erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 und 20 Mark“ eine Debatte entfesseln würde, die sich bis gegen die sechste Stunde hinzog, und der eigentlich wichtigeren Vorlage über den Versicherungsvortrag, die durchaus noch erledigt werden sollte,

Zeit, Laune, Redner und Zuhörer entzog? Und doch war es so — es war so, trotzdem alles, was zu sagen war, eigentlich schon im Frühjahr gesagt worden war, denn jener Entwurf gehört auch zu jener Unglückschar von Gesetzesvorlagen, die durch den plötzlichen Schluß des Reichstages, noch ungeboren, gemordet wurden. Während die Regierung bekanntlich auf dem Standpunkt steht, der Entwurf rechtfertigt sich lediglich durch die Bedürfnisse des Geldverkehrs, werfen die Gegner — das sind die ehemaligen Dimetalisten, geführt von den Herren v. Kardorff und Dr. Arendt — ihr vor, sie wolle durch die Ausgabe der neuen Scheine den Geldvorrat der Reichsbank erhöhen und mit diesem Mittel das Fiasko ihrer Bankpolitik verdecken, das eben in dem Weichen des Goldbestandes der Reichsbank zum Ausdruck gelangt. Die Anhänger der Regierungsvorlage, geführt von den Bank- und Handelskammerangehörigen in den liberalen Parteien, geben die Wirkung der Vorlage auf den Goldbestand der Reichsbank zu, halten das aber für eine zirkuläre Erklärung. Auf die verwinkelten Einzelheiten des schwierigen Themas braucht hier um so weniger eingegangen zu werden, als sie auch den Rednern heute ersichtlich nicht die Hauptsache waren. Das war vielmehr die jüngste große Diskonterhöhung der Reichsbank, die in den Augen des Herrn von Kardorff als eine Rücksichtslosigkeit, gegen die Landwirtschaft, in den Augen des Reichsbankpräsidenten Koch und des auf der Linken sitzenden Bankdirektors Mommsen als ein Beweis für die Blüte von Handel und Industrie erschien. Der Ton zwischen den Herren Koch und v. Kardorff, wurde schließlich so gereizt, daß Herr Arendt unter erregter Mißbilligung des Präsidenten dem Reichsbankchef Koch den Vorwurf der Grobheit machte.

Rugholzauktion

auf den Revieren Forder- und Hinterglauhan.

Donnerstag, den 25. Januar, von vormittags 1/2 11 Uhr an sollen im Hotel Stadt Hamburg in Glauchau die in den Parzellen Kumpfwald, Bernsdorfer Wald, Schöbigit und Hainholz aufbereiteten

3475 Nadelholz-Stämme von 10/19 cm Stärke,

765 " " " 20/29 " "

43 " " " 30/39 " "

206 " " " 10/29 " "

14 Laubholz, " 18/40 " " (Birke, Buche),

2000 Nadelholz-Stangen " 7/15 " " und

20 Rmtr. Fichtene Rughrollen, 2 m lang,

unter den vor der Auktion bekannt zu gebenden Bedingungen gegen sofortige

Bezahlung, teils schlag, teils postenweise, versteigert werden.

Wegen vorheriger Besichtigung der Hölzer wolle man sich an die Lokal-

beamten, Förster Seyfert in Forsthaus Glauchau, Forstwart Pöhler in

Forsthaus Bernsdorf, Forstwart Wagner in Forsthaus Dennheritz und

Förster Knobloch in Forsthaus Hainholz, behufs Erlangung spezieller

Auktions-Verzeichnisse an die unterzeichnete Forstverwaltung wenden.

Königlich Sächsische Forstverwaltung und Rentamt Glauchau,

Fled.

am 11. Januar 1906.

Sennig.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Die Hochzeit des Prinzen Eitel Friedrich ist endgültig auf den 27. Februar, den Tag der silbernen Hochzeit der kaiserlichen Eltern, festgesetzt worden.

* Die Zweite Kammer des sächsischen Landtages nahm nach einer Schlußberatung den Entwurf eines Umzugslosteingesetzes an.

* Die Anklage gegen die „Leipziger Volkszeitung“ wegen ihrer Heftartikel gegen das Wahlrecht ist nunmehr erhoben, und zwar ist gegen den Redakteur der „Leipz. Volksztg.“ Heinig das Hauptverfahren vor der erkennenden Strafkammer des Landgerichts Leipzig wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten aus § 130 des St.-G.-B. eröffnet und Hauptverhandlung auf den 2. Februar anberaumt worden.

* Das Zentrum und die Militärpensionsgesetze. Man schreibt aus Berlin: Die Annahme, daß das Zentrum durch die Erklärung des Grafen Hoppeich zu den Militärpensionsgesetzen gegen die Regierung wegen der schlechten Behandlung des Reichstages, dessen frühzeitiger Schließung und verspäteter Enderufung, habe demonstrieren wollen, trifft nur zum Teil zu. In der Hauptsache handelt es sich um eine Demonstration gegen die Duellklärung des Reichskanzler, bezw. Kriegsminister. Das Zentrum soll auch beabsichtigen, in der Budgetkommission bei Beratung der Militärpensionsgesetze einige gegen den „Duellunfall“ und die Soldatenmißhandlungen gerichtete Bestimmungen durchzusetzen, nach denen jeder Anspruch auf Pension verwirkt wird durch wiederholte Mißhandlung von Untergebenen, sowie durch aktives oder passives Mitwirken beim Zweikampf. Es ist klar, daß derartige Pläne nur agitatorischen Wert haben; das Zentrum will wohl nur einen Druck auf die

S. Müller.
sehr billig
S. Müller.
pel.
all.
Kreidchem Be.
Lahl.
sterne,
e
Atlas
n.
bonnement
Gratise,
Der
omwirtschafts
nützliche
Befüllgel.
an ement.
s. 42.
fen:
Std. 50 Pf.
50
50
50
50
50
40
40
ler,
Originalität,
n
und
ori
orn
Wiles Originalität,
h frei
Stein,
Nr. 55.
gut,
at eine
ter
Fig.
emölbe
n n.